

## Bericht: CETA-Aktionstag in Karlsruhe 13.10.20

Großer Tag beim Bundesverfassungsgericht: Am 13.10. fand die erste Verhandlung zum CETA-Abkommen seit 2016 statt. Verhandelt wurde über die Organklage der Bundestagsfraktion von DIE LINKE gegen den Bundestag, der es sich mit dem Ja zur CETA-Unterzeichnung im Sept. 2016 sehr einfach gemacht hat. Aus Sicht der LINKEN hat die GroKo-Bundestagsmehrheit damals gegen das Integrationsverantwortungsgesetz verstoßen. Wenn nationale Kompetenzen auf die EU – oder im Falle von CETA sogar auf supranationale Regulierungsausschüsse! – übertragen werden sollen, muss der Bundestag aufgrund des „IntVG“ genau prüfen, welche Gesetzgebungskompetenzen Deutschland hierdurch entzogen werden sollen.

Anlass genug für eine Kundgebung des Netzwerks Gerechter Welthandel Baden-Württemberg auf dem Karlsruher Marktplatz! Dort haben mehrere lokale Bündnisse des NGW mit Infostand, Reden und Flugblättern über CETA informiert. Super Unterstützung kam von den Musikern des Ensembles „Lebenslaute“, die klassische Musik aufführten und politische Lieder sangen. Das machte die Passanten aufmerksam, und ebenso die Fahrgäste der zahlreichen Straßenbahnen, die in rascher Folge am Marktplatz vorbeifuhren. Auch wenn nicht immer alles zu hören war, aber die Banner konnten alle sehen. Die Fotos geben einen Eindruck.

Es geht bei diesen Verträgen ja nicht einfach um Freihandel, sondern darum, dass mit regulatorischen Ausschüssen und der Einführung von Investorschiedsgerichten durch CETA ein supranationaler Gerichtshof geschaffen werden soll, der nur urteilt, ob die Gewinne privater Einzelinteressen beschnitten wurde, ohne dass Gemeinwohlinteressen wie Klimaschutz, Verbraucherschutz, Arbeitnehmerschutz und öffentliche Daseinsfürsorge einklagbar wären. Wie geht dann noch Klimaschutz oder Pandemiebekämpfung?

Es sind kritische Fragen, die eine Antwort brauchen. Insofern war diese erste Verhandlung der Organklage am Bundesverfassungsgericht der Linken ein Auftakt. Die folgenden vier Verfahren werden sich mit CETA selbst befassen. Wenn alle Urteile gesprochen sind, werden der deutsche Bundestag und der deutsche Bundesrat über CETA abstimmen. Sorgen wir dafür, dass diese Abstimmungen im Sinne des Gemeinwohls getroffen werden! Keine Partei kann behaupten, für Klimaschutz zu sein und dann CETA zustimmen.

Wir sind wieder auf der Straße – das geht auch unter Einhaltung der Coronaregeln.